

Scholz in Moldau: Stärkung der EU-Perspektiven gegen Russlands Bedrohung

Bundeskanzler Scholz trifft Präsidentin Sandu in Moldau, um über Russlands Bedrohung und EU-Beitritt zu sprechen.

Bundeskanzler Olaf Scholz hat heute einen bedeutenden Kurzbesuch in Moldau absolviert, einem Land, das sich in einer angespannten geopolitischen Lage befindet. Bei diesem ersten bilateralen Besuch eines deutschen Regierungschefs seit zwölf Jahren sind die Gespräche mit Präsidentin Maia Sandu und Ministerpräsident Dorin Recean vor allem durch die Bedrohung Russlands geprägt. Moldau fühlt sich aufgrund des Ukraine-Kriegs unter Druck und sieht sich mit dem Unbehagen, das von ihrem mächtigen Nachbarn ausgeht, konfrontiert.

Bei seinem rund viereinhalbstündigen Aufenthalt in der Hauptstadt Chisinau, seiner ersten Auslandsreise nach einem durch Koalitionsprobleme belasteten Sommerurlaub, betonte Scholz, wie wichtig die Unterstützung für Moldau in dieser schwierigen Zeit sei. Die Regierung in Chisinau verfolgt das Ziel eines EU-Beitritts und steht dabei in direkter Opposition zu prorussischen Kräften, die versuchen, den Einfluss Moskaus zurückzugewinnen. Scholz versicherte der proeuropäischen Führung Moldaus, dass Deutschland fest an ihrer Seite stehe.

EU-Beitrittsbestrebungen und Sicherheitsunterstützung

Moldau hat sich seit dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine verstärkt um einen EU-Beitritt bemüht. Scholz hob hervor, dass

Deutschland seit 2018 über 41 Millionen Euro für die Sicherheitsanstrengungen Moldaus bereitgestellt hat und hierbei der fünftgrößte Geber ist. In Vorbereitung auf die Präsidentenwahl am 20. Oktober wird ein Referendum abgehalten, um den EU-Beitritt in der Verfassung zu verankern. Dieser Schritt würde die proeuropäische Ausrichtung des Landes weiter festigen und die Tür zur EU möglicherweise weit öffnen.

Im Kontext des Ukraine-Kriegs ist die Unterstützung für Moldau auch ein strategisches Signal der westlichen Staaten, die sicherstellen wollen, dass keine weiteren Staaten in Osteuropa destabilisiert werden. Scholz wies auch auf die anhaltenden russischen Militäroperationen in der abtrünnigen Region Transnistrien hin, dem unruhigen Landstreifen, wo seit den 1990er Jahren russische Truppen stationiert sind und die humanitäre Situation angespannt bleibt.

Solidarität mit Kiew bleibt unerschütterlich

Ein zentrales Thema des Besuchs war auch die Unterstützung für die Ukraine. Scholz stellte klar, dass die Deutschland engagierte militärische Hilfe für Kiew nicht nachlassen werde, trotz jüngster Bedenken über mögliche Rückschläge in der Unterstützungspolitik. Die Bundesregierung hat für 2025 vier Milliarden Euro Militärhilfen eingeplant, den höchsten Betrag unter den europäischen Staaten. Scholz betonte, dass die Solidarität mit Kiew „überhaupt nicht“ wackele. Die Ukraine wird zudem einen Kredit über 50 Milliarden Euro von den G7-Staaten erhalten, um die notwendigen Waffen zur Selbstverteidigung zu beschaffen.

Es ist offensichtlich, dass der Besuch von Olaf Scholz in Moldau mehr ist als ein bloßer Auftritt. Er stellt ein starkes Zeichen der politischen und militärischen Unterstützung dar und zeigt das Engagement Deutschlands, eine stabilere und demokratischere Zukunft für Moldau und die Region zu fördern. Der Besuch kommt zu einem kritischen Zeitpunkt, an dem das geopolitische Gleichgewicht in Osteuropa auf der Kippe steht. Scholz'

Zusicherungen sind ein wichtiges Signal an die moldauische Regierung sowie an die übrigen europäischen Partner, dass die Erhaltung der territorialen Integrität und politischen Unabhängigkeit in dieser Region Priorität hat.

Ein symbolischer Besuch in turbulenten Zeiten

Scholz' Reise zeigt nicht nur die Dringlichkeit der Themen, die auf der Agenda stehen, sondern verdeutlicht auch die Herausforderungen, vor denen viele Staaten in dieser geostrategisch wichtigen Region stehen. In Zeiten wachsender Spannungen bleibt die Frage, wie die internationale Gemeinschaft auf die aggressive Außenpolitik Russlands reagieren wird. Der Besuch des Kanzlers könnte somit als Katalysator für stärkere Zusammenarbeit und Unterstützung zwischen den europäischen Staaten und Moldau fungieren.

Politische Situation in Moldau

Moldau befindet sich in einer komplizierten politischen Lage, die durch innere Konflikte zwischen proeuropäischen und prorussischen Kräften geprägt ist. Seit der Unabhängigkeit von der Sowjetunion im Jahr 1991 hat das Land eine wechselhafte politische Geschichte durchlaufen, mit verschiedenen Regierungen, die entweder proeuropäische oder prorussische Agenden verfolgt haben. Dies hat zu einem gewissen Maß an politischer Instabilität und Uneinigkeit in der Bevölkerung geführt, die sich häufig in Wahlen, Protesten und politischen Umwälzungen widerspiegelt.

Insbesondere die abtrünnige Region Transnistrien, die im östlichen Teil der Republik liegt, stellt ein zentrales Problem dar. Diese Region erklärte 1990 ihre Unabhängigkeit, wurde jedoch international nicht anerkannt und wird von russischen Truppen kontrolliert. Diese Präsenz führt zu einem anhaltenden Gefühl der Unsicherheit in Moldau und verstärkt die Sorgen über die

russischen Einflussnahme im Land. Laut der **Bundeszentrale für politische Bildung** sind die Spannungen zwischen der proeuropäischen Regierung und prorussischen Akteuren ein wiederkehrendes Thema in der moldauischen Politik.

TSchN-Kriegsfolgen und EU-Beitritt

Die geopolitischen Herausforderungen, denen Moldau gegenübersteht, wurden durch den Ukraine-Krieg und die damit verbundenen wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Auswirkungen verstärkt. Die steigende Unsicherheit und die Bedrohungen durch Russland haben in Moldau eine breite Diskussion über den EU-Beitritt neu entfacht. Der EU-Beitritt ist nicht nur ein politisches Ziel, sondern auch eine notwendige Antwort auf die sicherheitspolitischen Herausforderungen, mit denen das Land konfrontiert ist. Studien zeigen, dass der EU-Beitrittsprozess in der Bevölkerung stark unterstützt wird, da er die Möglichkeit auf eine wirtschaftliche Stabilisierung und die Stärkung der Sicherheit verspricht.

Die **Europäische Kommission** hat Moldau offiziell den Status eines EU-Beitrittskandidaten verliehen, was den Weg zur Integration in die EU ebnen sollte. Doch dieser Prozess ist nicht ohne Hürden, da strukturelle Reformen und die Bekämpfung von Korruption notwendige Schritte sind, um die Anforderungen der EU zu erfüllen.

Internationale Unterstützung und Hilfe

Die internationale Gemeinschaft, einschließlich Deutschland und der EU, hat Moldau in den letzten Jahren verstärkt Unterstützung zugesichert. Deutschland hat nicht nur finanzielle Hilfe geleistet, sondern auch technische Unterstützung bei der Durchführung von Reformen, die für einen EU-Beitritt erforderlich sind. In den letzten Jahren wurden bedeutende Mittel bereitgestellt, um die Sicherheits- und Wirtschaftsinfrastruktur des Landes zu stärken, was durch einen Bericht der **Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

untermauert wird.

Im Kontext der geopolitischen Spannungen wird die Rolle von externen Akteuren, einschließlich der USA und europäischer Länder, immer wichtiger. Diese Länder haben nicht nur politische, sondern auch militärische Hilfe zugesichert, um Moldau in Zeiten der Unsicherheit zu unterstützen. Diese Entwicklungen zeigen, dass die internationale Gemeinschaft zunehmend die Bedeutung der Stabilität in Moldau erkennt und aktiv zur Stabilisierung der Region beiträgt.

Details

Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)